



Energiegipfel

SPD rügt Glos für verzögerten Atomausstieg

Einen Tag vor dem Energiegipfel hat die SPD Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) vorgeworfen, den Ausbau umweltfreundlicher Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zu verzögern.

Glos habe die nötigen Gesetzesänderungen über 18 Monate verschleppt und sich einer Diskussion verweigert, heißt es nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ vom Montag in einem Brief der SPD-Fraktionsspitze an den Minister. Darin fordere Fraktionsvize Ulrich Kelber Glos auf, „kurzfristig, das heißt bis zum Energiegipfel“ deutlich zu machen, dass er zum Ausbau stehe. „Das bisherige Ausbautempo würde bei Realisierung Ihres Vorschlages noch abgebremst“, kritisiert die SPD in dem Schreiben dem Blatt zufolge weiter.



Bundeswirtschaftsminister Michael Glos

Am Wochenende hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer wöchentlichen Videobotschaft für den Ausbau der KWK-Anlagen ausgesprochen. Glos hatte Mitte Mai nach Monaten des Zögerns einen ersten Gesetzentwurf zum Ausbau der umweltfreundlichen Kraftwerke vorgelegt. Der Minister will darin laut „Berliner Zeitung“ aber nur kleine Anlagen, nicht aber Fernwärme- oder Industrieanlagen fördern. Auch fehle in dem Entwurf die bislang gültige Regelung, wonach bis 2010 durch KWK-Anlagen mindestens 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden sollten.

Koalitionsvertrag angemahnt

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD), forderte Glos auf, sich beim Atomausstieg an den Koalitionsvertrag zu halten. „Glos ist an den Koalitionsvertrag gebunden, sagte er der „Passauer Neuen Presse“ vom Montag. Auch der Wirtschaftsminister müsse akzeptieren, dass die Atomkraft keine Zukunft mehr habe. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz seien die Märkte der Zukunft. „Den großen Konzernen ist es in dieser Frage nicht an Klimaschutz gelegen, sondern an zusätzlichen Profiten mit längst abgeschriebenen Kernkraftwerken.“

Müller sagte weiter, der Streit um die Laufzeiten der Atomkraftwerke könne den Energiegipfel überschatten. In Wirklichkeit sehe aber niemand, der sich wirklich mit der Materie befasst habe, in der nuklearen Stromerzeugung eine Lösung des Weltklimaproblems.

Töpfer: Klimadiskussion nicht einengen

Der frühere Direktor des UN-Umweltprogramms, Klaus Töpfer (CDU), warnte unterdessen davor, die Frage der Energie- und Klimadiskussion auf die Atomkraft einzuengen. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom Montag sagte Töpfer: „Die Kernenergie wird diese Probleme nicht bewältigen können“. Es gebe eine politische Entscheidung für den Atomausstieg. Und erneuerbare Energien könnten die Kernenergie durchaus ersetzen. „Es geht nur um die Zeitpläne.“ Zwar sei durch einen verspäteten Einstieg in solche Technologien Zeit verloren gegangen. „Aber es macht doch keinen Sinn, rückblickend zu lamentieren“, so der frühere Bundesumweltminister. „Man muss jetzt agieren.“

Unterdessen rief der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nach der Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Brunsbüttel zu weiterem Widerstand gegen die Kernenergie auf. Mit dem Hochfahren des Meilers gehe der nukleare Blindflug ohne Rücksicht auf Verluste weiter, erklärte BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz am Montag in Bonn. Die Bevölkerung in der Nähe von Atomanlagen sei einem enormen Unfallrisiko ausgesetzt. Zudem werde der „Atommüllberg“ immer größer. Diese Situation sei unverantwortlich.

Das von dem Energiekonzern Eon betriebene AKW Brunsbüttel war wegen eines Kurzschlusses am Donnerstag vom Netz genommen und am Wochenende wieder

hochgefahren worden. Das nach einem Brand am Donnerstag ebenfalls abgeschaltete AKW Krümmel blieb zunächst weiterhin vom Netz.

[Drucken](#)

Foto: dpa

Copyright © 2007 by FOCUS Online GmbH